

## Mündliche Anfragen

### zur 33. Fragestunde

### in der 126. Plenarsitzung vom 23. Juli 2020

1. Anfrage des Abg.  
Daniel Rottmann AfD

Eingang: 25. 06. 2020

#### **Politische Rückendeckung und Rechtsschutz für die Polizei**

- a) Hält die Landesregierung die Aussage von Herrn Innenminister Strobl aus dem Jahr 2017, dass Baden-Württemberg das sicherste Bundesland sei und die Polizei für einen außerordentlich hohen Sicherheitsstandard Sorge, auch nach den Ereignissen in Stuttgart vom 20. auf den 21. Juni 2020 noch für zutreffend?
- b) Wann gedenkt die Landesregierung, der Polizei den notwendigen politischen Rückhalt zuzusichern – woran es den Beamten nach einer Beurteilung in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 22. Juni 2020 mangle, sodass sie eher zurückhaltend agierten und im kriminellen Milieu oft nicht ernst genommen würden –, damit sie zur Durchführung der adäquaten Sicherheitsmaßnahmen und vor allem zum Selbstschutz befähigt ist und die rechtsstaatliche Ordnung in Baden-Württemberg sicherstellen kann?

2. Anfrage des Abg.  
Klaus Burger CDU

Eingang: 30. 06. 2020

#### **Gesunde und ausgewogene Ernährung für Seniorinnen und Senioren und gesundheitlich beeinträchtigte Menschen**

- a) Inwieweit hält die Landesregierung die Ernährungssituation in den sensiblen Verbrauchergruppen – Seniorinnen und Senioren sowie gesundheitlich beeinträchtigte Menschen – im häuslichen Umfeld und in Senioreneinrichtungen für verbesserungsbedürftig?
- b) Inwieweit sieht die Landesregierung mit Blick auf den besonderen Ernährungsbedarf von Patientinnen und Patienten in Kliniken, stationären Pflegeeinrichtungen und Rehakliniken nach aktuellen Erkenntnissen bei der Verpflegung Anpassungsbedarf?

3. Anfrage des Abg.  
Andreas Kenner SPD  
Eingang: 15. 07. 2020
- Tagessätze und Ausfallkosten im Landesjugendplan**
- a) Plant die Landesregierung, die Tagessätze und den Betreuungsschlüssel im Landesjugendplan zu verbessern und gegebenenfalls in welchem Umfang, insbesondere in Anbetracht dessen, dass die meisten Ferienfreizeiten und Stadtranderholungen in diesem Sommer ausfallen und damit die im Landesjugendplan und „Masterplan Jugend“ vorhandenen Mittel nicht abfließen und gleichzeitig die Veranstalter höhere Aufwendungen für mehr Ehrenamtliche und für Desinfektionsmittel haben?
- b) Welche Kosten werden als Ausfallkosten für Seminare und Jugenderholungsmaßnahmen, die wegen der Corona-Verordnung untersagt wurden, anerkannt – auch im Hinblick auf den Wegfall selbst erwirtschafteter Mittel –, damit die Verbände in der Summe mit Zuschüssen in gleicher Höhe wie im vergangenen Jahr rechnen können?
4. Anfrage des Abg.  
Dr. Stefan Fulst-Blei SPD  
Eingang: 16. 07. 2020
- Singen und Blasmusik im Musikunterricht unter Pandemiebedingungen**
- a) Welche Spielräume gibt es für die Schulen, um den Unterricht im Singen und an Blasinstrumenten sowie entsprechende AGs doch durchführen zu können, eventuell auch unter Anwendung der Regelungen für die Musikschulen?
- b) Können die Schulen Kosten für eventuelle Arrangements, die Singen und Blasmusik unter Einhaltung von Hygiene- und Abstandsregeln ermöglichen würden, geltend machen?
5. Anfrage des Abg.  
Rainer Hinderer SPD  
Eingang: 17. 07. 2020
- Zukünftige Hochschulstandorte für das Hebammenstudium**
- a) An welchen Hochschulen und an welchen Standorten soll nach der Umstellung auf die rein akademische Ausbildung das Hebammenstudium in Baden-Württemberg zukünftig stattfinden?
- b) Wie weit sind die entsprechenden Vorbereitungen (Einrichtung von Lehrstühlen, Finanzierungszusagen, Personalgewinnung, Einbezug der bisherigen Hebammenschulen usw.)?
6. Anfrage des Abg.  
Dr. Erik Schweickert  
FDP/DVP  
Eingang: 20. 07. 2020
- Geltende Rechtslage zum Standort von Ortstafeln im Enzkreis**
- a) Wie bewertet die Landesregierung die Regelungen zum Standort von Ortstafeln, vor allem an überörtlichen Straßen im Enzkreis, hinsichtlich der Akzeptanz durch Anwohner, insbesondere solcher, deren Grundstücke im Zuge einer mitlaufenden Bebauung, aber nur durch parallel verlaufende örtliche Straßen erschlossen sind?
- b) Inwiefern hält es die Landesregierung zur Lösung der Probleme, die sich aus den Regelungen zum Standort von Ortstafeln ergeben, für sinnvoll, beispielsweise den Standort der Ortstafel nur von der anliegenden Bebauung und nicht von der Erschließung der Grundstücke abhängig zu machen bzw. die Ausweitung von Tempo-50-Regelungen in diesen Bereichen zu ermöglichen?

7. Anfrage des Abg.  
Dr. Erik Schweickert  
FDP/DVP

Eingang: 20. 07. 2020

**Eingeschränkte Kontrollmöglichkeiten durch Hygienekonzepte in Schlacht- und Fleischverarbeitungsbetrieben?**

- a) Inwiefern unterliegen Mitarbeiter von Gesundheits- und Veterinärämtern, die sich zu Kontrollzwecken in einem Schlacht- oder Fleischverarbeitungsbetrieb aufhalten, einem nach der Corona-Verordnung „Schlachtbetriebe und Fleischverarbeitung“ durch die Betriebe zu erstellenden Hygienekonzept?
- b) Inwiefern dürfen sich Mitarbeiter von Gesundheits- und Veterinärämtern, die sich zu Kontrollzwecken in einem Schlacht- oder Fleischverarbeitungsbetrieb aufhalten, frei innerhalb des Betriebs bewegen, insbesondere ohne möglichen Anweisungen des Betriebs folgen zu müssen, beispielsweise durch entsprechende Anpassung des Hygienekonzepts bei der notwendigen Prüfung durch das Gesundheitsamt?